Nr. 164 • Ausgabe B Nr. 81
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 164

Abend-Ausgabe

Freitag, 8. April 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die neuen Gewaltmaßnahmen nach dem 1. Mai.

Die Drohungen des Kriegsministers Barthou.

Die Besetzung des Ruhrgebiets geplant.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

L Paris, 8. April.

Gleich nach der Ankündigung Briands, die gestern noch durch eine kurze Erklärung Barthous im Senat ergänzt wurde, niemand mehr über die französischen Absichten für den 1. Mai im Zweifel sein kann, werden täglich die Gründe für die „starke Methode" von der Presse wiederholt und durch Interviews und kraftstärkende Aufsätze unterstützt. Der Generalstabschef Foch hat mit den üblichen Freundschaftsversicherungen für Amerika einem Redakteur der „Chicago Tribune" auseinandergesetzt, daß Deutschland zahlen muß und kann. Foch ist gestern von Millerand empfangen worden, während Briand eine lange Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter Wallace hatte, dem er angeblich die beschlossenen Zwangsmaßnahmen plausibel zu machen versuchte. Bei allen diesen Kriegsfanfaren fällt es auf, daß sich die Zeitungsstimmen mehren, die neue deutsche Angebote für den 1. Mai erwarten oder sogar wünschen. Es wird angekündigt, daß die vor Ostern in Paris eingetroffene deutsche Kommission, die über die Kohlenfrage verhandeln soll, unter der Hand auch über die gesamte Wiedergutmachungssumme sprechen würde, und daß Minister Simons auf die letzte Note der Vereinigten Staaten mit Vorschlägen antreten werde. Auch das „Echo de Paris", das sich über die Regierungsvorlage in Deutschland Gedanken macht und schon entweder Helfferich oder Müller als Kanzler sieht, ist davon überzeugt, daß ein neuer deutscher deutscher Vorschlag gemacht werden wird. Deutschland setze die Versuche fort, Amerika als Schiedsrichter zu gewinnen. Der Staatssekretär Bergmann habe mit dem früheren Delegierten der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission Norman Davis Beziehungen angeknüpft, durch die er verhindern zu wirken versucht. Es steht zu erwarten, daß die französische Regierung von seiten Englands und Amerikas einem starken Druck ausgesetzt ausgesetzt sein werde, wenn sie mit der Festigkeit, die gerecht ist, verfahren wolle, aber die englischen Freunde, die ja grundsätzlich entgegenkommend seien, würden schließlich auch formell zustimmen. Das „Echo de Paris" kündigt an, ebenso wie einige andere Zeitungen, die **Besetzung des Ruhrgebietes** und eine andere Maßnahme, über die jetzt nichts Bestimmtes gesagt wird, aber ein direkter **Eingriff in den deutschen Besitz durch Requisition** ist. Aber auch das nationalistische „Echo de Paris" schreibt: „Natürlich wären wir glücklich, wenn eine Einigung im Guten zu erreichen wäre. Aber es gibt ein Mindestmaß unserer Forderungen, unter das wir nicht heruntergehen können." Der „Petit Parisien", der zweifellos Informationen aus dem Kabinett Briand erhält, bedauert, daß die Rede Briands in Deutschland mehr Aerger als Nachdenken erregt habe. Die „Ere Nouvelle" meint, daß noch im Laufe des April eine Aussprache zwischen den Alliierten stattfinden müsse.

Hervé wendet sich im heutigen Leitartikel gegen Theodor Wolff, dessen Aufsatz über die Rede Briands im „Berliner Tageblatt" er das Musterstück unter den heftigen Artikeln nennt, die in der deutschen Presse erschienen sind. Nach diesem Artikel, der in einer der größten Zeitungen, dem Blatte der deutschen Demokraten, abgedruckt sei, könne man schließlich glauben, nicht der deutsche Kaiser, sondern die französische Presse sei am Kriege schuld gewesen. Theodor Wolff solle nur erst einmal abwarten, bis alle Sanktionen in Anwendung gekommen seien, dann würde er schon merken, daß sie nicht wirkungslos sind. Wenn die Berliner Presse in ähnlichen Tönen weiter schreibe, dann trage sie die Verantwortung für alles, was dem deutschen Volke geschehen kann. Noch merkwürdiger als dieser Artikel Hervés ist der letzte Aufsatz in der „Action française", in dem Léon Daudet Briand aufs heftigste angreift, weil er Pläne zu Deutschlands Schonung hege. Er habe das bereits am 24. März für Gewalt gegen Deutschland vorzugehen, die Zeit verstreichen lassen und er habe den 1. Mai als letzten Termin nur deshalb gewählt, weil er für diesen Tag revolutionäre Unruhen erwarte, die ihm erlauben würden, die Exekutionen aufs neue zu verschieben! Man müsse sich fragen, welches Spiel Briand eigentlich spiele. Natürlich ist alles, was Daudet schreibt, Torheit. Der Termin des 1. Mai 1921 ist nicht von Briand, sondern im Vertrag von Versailles festgesetzt worden. Am 24. März wurden die Sanktionen noch nicht voll angewendet, weil die alliierten Regierungen trotz der Beschlüsse von London wußten, daß eine Rechtsgrundlage für Anwendung von Gewalt vor dem 1. Mai nicht gegeben sei. Und wenn Daudet, wie es in seinem Artikel geschieht, andeutet, daß Briand mit den Kommunisten unter einer Decke stecke, weil die „Humanité" ihn schone, so ist das lächerlich. Denn Briand wird in keiner Zeitung so konsequent und so heftig kritisiert, wie in der „Humanité". Auch dieser Aufsatz Daudets beweist, daß trotz aller heroischen Töne in politischen Kreisen Bedenken gegen allzu schneidiges Vorgehen sich zu zeigen beginnen.

Paris, 8. April. (W. T. B.)

Gegen Ende der gestrigen Sitzung des Senats sagte Kriegsminister Barthou, wenn das besiegte Deutschland den Frieden nicht sicherstellen wolle, werde es fühlen, **daß Frankreich die Macht habe.** Er habe die „gefährliche Ehre", wenn es nötig wäre, die Hand zu führen, die Deutschland, nach dem Wort des Ministerpräsidenten, am Kragen packen werde. Aber er habe alle Aktionsmittel in der Hand. Schließlich behauptete der Kriegsminister, aus den Berichten des Generals Nollet gehe hervor, daß Deutschland eine Politik des Widerstandes und des schlechten Willens verfolge (!).

*

Wie wir hören, hat sich Kommerzienrat Guggenheimer von der München-Augsburger Maschinenfabrik A.-G. zur Fortsetzung der Verhandlungen mit Frankreich über die Restitutionsfrage im Auftrage der Reichsregierung nach Paris begeben.

Harding beruft eine neue Ententekonferenz mit Deutschland?

Beratung der Reparationsfrage in Washington geplant.

(Telegramm.)

London, 8. April. (W. T. B.)

Einer „Times"-Meldung zufolge wird aus Washington berichtet, daß die an die Mächte gesandte amerikanische Note als Vorläufer einer Einladung zu betrachten sei, die Präsident Harding für eine Konferenz in Washington zur Regelung der interalliierten Schulden, des Währungsproblems, der Reparationsfragen und anderer Hindernisse für den internationalen Handel demnächst ergehen lassen wolle. Deutschland, England, Frankreich, Japan und Italien würden ersucht werden, Sonderdelegierte zu entsenden. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Konferenz im Sommer stattfinden werde.

Paris, 8. April. (W. T. B.)

Stéphane Lauzanne kabelt dem „Matin" aus Washington, nach seiner Ansicht werde die Resolution Knox nicht vor Anfang Mai im Senat zur Diskussion gelangen. Es sei fast sicher, daß in einem neuen Paragraphen die politische Verantwortung Deutschlands für den Krieg und die notwendige materielle und moralische Wiedergutmachung betont werde.

Washington, 7. April. (Ltd. Tel.)

Aus Paris wird hierher gemeldet, daß Viviani von der französischen Regierung die Anweisung erhielt, alle Bemühungen, den Völkerbund zu retten, aufzugeben und seine ganze Kraft darauf zu konzentrieren, einen für Frankreich günstigen Zusatz zur Resolution Knox zu erreichen. Ob die französische Regierung mit der bekannt gewordenen Fassung des Zusatzes zur Resolution zufrieden ist, geht aus den Verlautbarungen nicht hervor. Knox verteidigte gestern den Standpunkt, daß seine Resolution und der Passus, daß ein Zusammenwirken der Freunde der Zivilisation bei einer Bedrohung des Friedens durch die europäischen Mächte erzielt werden müsse, wirksamer sei, als alle bisher auf dem Papier stehenden Abmachungen.

Im besetzten Düsseldorf.

Die Ansicht der Rheinkadetten. — Die Suppe. — Geldstrafen und Ausweisungen.

(Von unserem Korrespondenten.)

Düsseldorf, im April.

Wenn man von Rheinkadetten spricht, könnte bei dem, der das Rheinland nicht kennt, der Eindruck aufkommen, es handle sich hier um eine Art neuer Orgelsformation, eine Orgelsmarine. Die Rheinkadetten sind aber nur die Eckensteher oder die Schusterjungen Düsseldorfs. Die Arbeit halten sie für ein zweifelhaftes Vergnügen der anderen. Sie selbst begnügen sich damit, in beschaulicher Ruhe, auf die Geländer am Strom gestützt, den Rhein zu betrachten und darauf zu achten, daß der Fluß nicht etwa hinterrücks sein Bett verläßt, bergauf strömt oder sonstwie auf Abwege gerät. Mitunter vermehrt der tüchtige Rheinkadett die Wassermenge im Rhein, was augenblicklich dringend nötig ist, durch kräftiges Spucken. Das ist aber auch die stärkste Anstrengung, die er sich gemeinhin gestattet. Dennoch hat es die neue Entwickelung Düsseldorfs mit sich gebracht, daß die Rheinkadetten einige Tage ihren Standort vom Rhein an das Parkhotel, den Sitz der französischen Delegation, verlegten. Sie mußten die neuen Gäste beobachten und auf eine leicht verständliche, volkstümliche Formel bringen. Es hat gar nicht lange gedauert, und sie haben den kulturellen Militarismus oder die militaristische Kultur, die das Rheinland von Preußen erlösen soll, mit ihrem Etikett versehen. Die Rheinkadetten stehen längst wieder am Fluß, wo die schönen Rheindampfer, einst nur mit bombenstarken Bowlen bestückt, nun aber mit Revolverkanonen und Maschinengewehren ausgerüstet von der Trikolore überflattert, ihnen Gelegenheit zum Spott geben. Und wenn ein Franzose vorübergeht, macht der Rheinkadett zu seinem Nachbarn hin nur eine hinweisende kleine Kopfbewegung und sagt die neue Formel her: „Mamsell, coucher, vill Jeld!", oder „Mamsell, promener, Schokolat!"

Das ist die neue Kultur aus der Rheinkadettenperspektive. Freilich, die Franzosen sähen sich gern aus einer anderen Perspektive betrachtet. Mit erkennbarer Absichtlichkeit haben sie den Amerikanern empfohlen, sich das mildtätige Frankreich anzusehen, wie es in Düsseldorf die Armen mit guter Fleischsuppe speist. Allzu zahlreich sind die Armen nicht, die davon profitieren, ja, man ist noch nicht einmal gewiß, ob Frankreichs Almosenempfänger überhaupt wirklich Bedürftige sind. Niemand hatte ja Lust, die Suppe auszulöffeln, bis sich der unabhängige Gewerkschaftsführer Agnes, wohl in Besorgnis um die kommunistische Konkurrenz, bereit fand, von den Franzosen die Suppe anzunehmen, die er vor einer deutschen Behörde gewiß als „kapitalistischen Bettelbrocken" in die Gosse geschüttet hätte. Jedenfalls ist die Suppenspeisung seit einigen Tagen im Gange. Auf Frankreichs Kosten, wie immer wieder von den Franzosen betont wird, weil böswillige deutsche Zeitungen gemeint hatten, auch diese Wohltätigkeit müsse ja schließlich Deutschland bezahlen. Nun gut, auf Frankreichs Kosten! Für die Deckung ist aber bereits gesorgt. Ein Bahnhofsbuchhändler hat die „Jugend" mit einer Verspottung Poincarés verkauft. Crimen laesae majestatis! 10 000 Mark Geldstrafe, acht Tage Haft. Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen „Freien Presse" hat eine alte Nummer des „Wahren Jakob" in seiner Auslage gehabt. Gröbliche Verletzung des französischen Schamgefühls. Erfolg: 10 000 Mark Geldstrafe und 8 Tage Haft. Mehr als 40 Wirte haben die Vorschriften über Aushängen von Preistafeln nicht bis auf den i-Punkt erfüllt. Urteil: Geldstrafen bis zu 5000 Mark. Der Wirt des schönen Ananasberges in dem sprießenden, blühenden und singenden Hofgarten hat nicht dafür gesorgt, daß ein paar französische Offiziere vor allen anderen Gästen ihren Kaffee erhielten. Erfolg: Schließung des Betriebes und Kriegsgericht. Da der Fall nicht nach der 10 000-Mark-Schablone erledigt worden ist, wird er wohl erheblich teurer werden. Vielleicht bringt er soviel ein, daß in jede Suppenschüssel noch ein Suppenhuhn gelegt werden kann. Auf jeden Fall dürfte die Suppe der armen Düsseldorfer den französischen Haushalt nicht sehr belasten, denn für 10 000 Mark täglich könnte man sogar einiges mehr an Wohltätigkeit tun, wenn man es wirklich darauf abgesehen hätte.

Die Ablehnung der Suppenspeisung durch die Stadt, durch die berufenen Wohltätigkeitsvereine und fast sämtliche wirtschaftlichen Verbände hat den Ablehnenden bei der französischen Delegation die Kritik eingetragen, sie seien eine alldeutsche Preußengesellschaft, das heißt soviel wie reif zur Ausweisung. Einige Pariser Zeitungen haben ja schon die Parole ausgegeben, und das edle Organ des Unabhängigen Smeets, die „Rheinische Republik", hat sie in ihr „geliebtes" Deutsch übertragen: „Jagt die preußischen Saboteure aus dem Rheinlande!" Herr Smeets ist sehr hellhörig. Er versteht bereits in Köln, wenn man in Paris erst den Mund spitzt. Erprobt ist das Rezept bereits. Mit der Sipo begann man. Alle wurden abgeschoben, die in Oktelbien geboren waren. Offiziere aus alten rheinischen Familien mußten abwandern, weil ihre Väter zufällig in Berlin oder Königsberg in Garnison standen, als die Söhne geboren wurden. Gute Pommern und Ostpreußen aber, die ebenso zufällig in Köln geboren waren, durften bleiben. Militaristische Bureaukratie: der Geburtsschein entscheidet über die Gesinnung! Die Elbe trennt die Demokraten und die Monarchisten voneinander. Diese Erfindung der Franzosen ist ebenso viel wert wie die andere, daß die Rheinländer Franzosenfreunde wären, wenn sie nicht von den Preußen terrorisiert würden. In Paris aber scheint das Rezept der Abschiebung Anklang gefunden zu haben. Man wundere sich also nicht, wenn schließlich doch noch wenigstens der Versuch gemacht werden sollte, durch diese Kur das französische Phantom, genannt „Rheinische Republik", vom Tode zu retten!

Die Wirren in Kleinasien.

Die griechische Niederlage. — England und der Vertrag von Sèvres

M. J. Daß den Beschlüssen der Londoner Orientkonferenz kaum mehr als ephemäre Bedeutung beizumessen sei, konnte von Anbeginn nicht zweifelhaft sein. Der Gegensatz zwischen den englischen Interessen einerseits und den französischen und italienischen andererseits hinderte das Zustandekommen einer endgültigen Einigung. Die Griechen, die mit großen Hoffnungen nach London gekommen waren, kehrten enttäuscht in die Heimat zurück und trafen alsbald Vorkehrungen zu einer neuen Offensive gegen die Kemalisten in Anatolien. Anfängliche Erfolge konnten jedoch nicht befestigt werden, und nun ist, wie mehrfach schon zuvor, die strategische Initiative wieder auf den nationaltürkischen Generalstab übergegangen. Der griechische Vorstoß gegen Angora ist gescheitert, und Kemals Truppen nähern sich in Eilmärschen Brussa. Bald dürfte auch ihnen Einhalt geboten werden; das Endergebnis wird aller Voraussicht nach sein: weder Sieger noch Besiegte. England hat zwar seine Neutralität erklärt, fördert jedoch die Anleihevermittlungen des Gouverneurs der griechischen Nationalbank Karimos in London, so daß zum mindesten die finanzielle Unterstützung Griechenlands von seiner Seite nicht wohl bezweifelt werden kann. Eine Beisetzung des erbitterten Streits um den Vertrag von Sèvres ist nach alledem in absehbarer Zeit schwerlich zu erwarten. Vorläufig legt man auch offenbar in Downingstreet hierauf gar kein Gewicht. Die englische Orientpolitik wird dominiert von dem Bestreben, ein Uebergreifen der panislamischen Bewegung nach Indien hintanzuhalten. Konstantinopel sollte durch das „Porzellantraktat" den Türken entrissen und Kleinasien in mehrere selbständige, verschiedenen Mächten unterstellte Zonen geteilt werden, während als weitere Bollwerke die unmittelbarem englischen Einfluß unterstehenden Königreiche von Syrien und Bagdad errichtet wurden. Frankreich und Italien, die eine dauerhafte Pazifizierung des gesamten nahen Orients unter solchen Vorbedingungen als unmöglich erkannten, schienen anfangs in London mit ihren Ansichnungen durchgedrungen zu sein, so daß man in Paris bereits mit der Revision des Sèvres-Vertrages als einer vollzogenen Tatsache rechnete. Nun hat die, gewiß nicht ohne Englands Einverständnis oder zum mindesten Mitwissen unternommene, neue Offensive der Griechen alles wieder über den Haufen geworfen, und man ist so weit wie zuvor. Das Prestige der konstantinischen Regierung steht und fällt mit dem Vertrage; Kemal Pascha aber ist weniger denn je zur Nachgiebigkeit geneigt. Indessen — gewinnt England Zeit! Die „querelles orientales" werden also in Paris und Rom noch geraume Zeit hindurch Kopfzerbrechen verursachen.

Die Rückkehr des Ministers Dr. Simons.

Wie wir hören, dürfte der Minister des Aeußern, Dr. Simons, der sich gegenwärtig in Bern aufhält, am Mittwoch wieder in Berlin eintreffen.